

AfD Fraktion im Stadtrat Frankenberg/Sa.

Herr Bürgermeister Thomas Firmenich
Markt 15
09669 Frankenberg

J
11/17

Antrag: Anpassung der Entschädigungssatzung für ehrenamtliche Tätigkeit

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Änderung des § 3 der Entschädigungssatzung:

Stadträte und Ortschaftsräte erhalten für die Ausübung ihres Amtes anstelle einer Entschädigung nach § 1 eine Aufwandsentschädigung. Diese wird gezahlt

1. als monatlicher Grundbetrag

bei Stadträten in Höhe von	14 €
bei ehrenamtlichen Stellvertreter des Bürgermeisters in Höhe von	75 €
bei Fraktionsvorsitzenden in Höhe von	25 €
bei Ortschaftsräten in Höhe von	10 €

2. als Sitzungsgeld je Sitzung

Stadtrat, Hauptausschuss, Technischer Ausschuss,

Betriebsausschüsse der Eigenbetriebe, Ortschaftsrat in Höhe von 14 €

Begründung:

Stadtrat und Ortschaftsrat ist Ehrenamt und dieses ist zu würdigen. Die aktuelle pauschale Zahlung (Grundbetrag) ist, in Zeiten von Corona (-nachwehen) und der nötigen/aktuellen Haushaltssperre, momentan jedoch nicht mehr vertretbar.

Auch das Sitzungsgeld muss in der jetzigen finanziellen Schieflage angepasst werden.

Stellvertretung des Bürgermeisters ist eine zum Teil fordernde als auch freudige Aufgabe. Von Sitzung vorbereiten und deren Leitung, bis zur feierlichen Teilnahme zu Anlässen. Reisekosten werden separat übernommen und somit sind 75 € ausreichend. Zudem sollte man diesen Posten aus Überzeugung und Eignung entsprechen und nicht am Gelde festmachen. Wie meinen Anfragen zu entnehmen war, fanden kaum Vertretungen statt.

Fraktionsvorsitzende sind im Ältestenrat vertreten und haben somit gelegentlich Mehrarbeit. Jedoch sind auch hier 25 € genug Aufwandentschädigung.

Stadträte und Ortschaftsräte sollten mit gutem Beispiel voran gehen und Kosten für die Stadt geringhalten. Hier hat man einen direkten Einfluss. Auch kann das eingesparte Geld anderen Zwecken zu Gute kommen. Beispielsweise einer VZÄ.

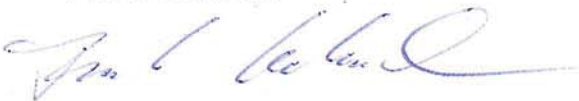
Im Jahr 2019 betragen die Ausgaben für Stadträte 18.780,00 €. Für die Ortschaftsräte zusammen 39.551,9 €.

Die Wahlbeamten auf Zeit erhalten mit 26.000 € zudem noch eine andere, zusätzliche Entschädigung und sind somit kaum betroffen.

Weitere Einsparungen im sozialen Bereich, sowie weitere Steuererhöhungen, können nur der letzte, gangbare Weg sein. Vorher muss an anderen Stellen, auch an den eigenen, gespart werden!

Fraktionsvorsitzender

Frank Urbanek



Jürgen Stein



Frankenberg den 11.07.2022